Nr. 342 XXVII. Jahrgang

Mittwoch, 17. Dezember 1919

# Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4

Fernsprecher: 13526, 13538, 13897, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060 Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigen:
Für 22 mm breite Grundzeile kostet 90 Pf., die 81 mm breite Reklamezeile M. 3.—, mit Platzvorschrift M. 3.50. Für Schwer- oder Kunstsatz 50 % Preisaufschlag. Bei Wiederholungen und Jahresaufträgen Ermäßigung nach feststehenden Sätzen. Briefgebühr 20 Pf. Anzeigen von auswärts und von unbekannten Bestellern nur gegen Vorausbezahlung. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Aufgabe und Abbestellung von Anzeigen durch den Fernsprecher ist ungültig. Unsere Filialen und auswärtigen Annahmestellen sowie sämtliche Annoncen-Expeditionen im In- und Auslande nehmen Anzeigen nach unserm Tarifsatze an

Bezugspreise:
Monatlich bei freier Zustellung durch Boten M. 2.00 vierteljährlich M. 6.00.
Mit der wöchentlichen Beilage „Illustrierte Neueste" 15 Pf. monatlich mehr.
Postbezug in Deutschland:
Ausg. A ohne „Illustr. Neueste" monatl. M. 2.00, vierteljährl. M. 6.00
„ B mit „Illustr. Neueste" „ „ 2.15 „ „ 6.45
Postbezug im Ausland lt. Eintragung in den Postlisten.
Kreuzbandsendungen wöchentlich M. 1.20, nach dem Auslande M. 1.30
Einzelnummer wochentags 10 Pf., Sonntags (2. Ausgabe) 20 Pf.

## Der Schluß der Demokraten-Tagung

Einen geistigen Höhepunkt auf dem Parteitag der Demokraten bildete am letzten Tage der Vortrag Dr. Ernst Troeltschs über das Kulturprogramm. Es war ein künstlerischer Genuß nach all den vielen, gutgemeinten Reden, einen berufenen Mann vom Vortragspult aus zu hören. Daher wirkte auch die Rede auf die Versammlung wie Sekt auf eine Gesellschaft, die stundenlang Limonade hat trinken müssen. Der Beifall war unbeschreiblich! Und doch — einwandfrei war der Genuß nicht, denn Troeltsch sollte ja keine Rhetorische, sondern vor allem eine demokratische Rede halten, und gegen den Inhalt konnte man in dieser Beziehung manche Bedenken haben. Sie wurden auch nachher recht deutlich laut, so daß der Erfolg der Rede, eine Klärung der Stellung der Demokraten zu dem Kulturproblem unsrer Zeit zu bringen, schließlich doch erreicht wurde.

Ernst Troeltsch ging aus von einer Kritik der doktrinären, schulmeisterlichen Charaktereigenschaften des deutschen Volkes, das in seinem Streben nach metaphysischer Vertiefung aller Fragen des Lebens stets, auch in der Politik seine Weltanschauung in den Vordergrund stelle. Die Weltanschauung aber, meint Ernst Troeltsch, habe mit einem politischen Programm nichts zu tun. Engländer, Amerikaner und Franzosen hielten hiervon ihre politischen Anschauungen völlig fern, wir müßten es auch tun, daher brauche auch die demokratische Partei kein Programm, dem eine Weltanschauung zugrunde liege. Diese Ansicht ist sehr anfechtbar. Englische, amerikanische und französische Verhältnisse können für uns nicht maßgebend sein, da bei uns sich die Parteibildung unter wesentlich andern politischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten entwickelt hat, als in jenen Ländern, und unser Volkscharakter mit keinem von jenen Völkern übereinstimmt. Unsre großen Parteien haben alle eine Weltanschauung hinter sich, sind aus einer Weltanschauung geboren. Wer möchte das dem Zentrum, der Sozialdemokratie und auch den Konservativen bestreiten. Wie aber soll die Demokratische Partei bestehen, wenn sie dem ethischen Gehalt ihrer Konkurrenten nicht etwas Gleichwertiges entgegenzusetzen hat? Sie kann sich nicht mit politischen Alltagsphrasen und wirtschaftlichen Fragen allein versuchen, sich eine dauernde Anhängerschar zu werben, auf die sie zählen kann und mit der die deutsche Regierung rechnen muß. Diese Fragen sind vergänglicher Art, sie wechseln von heute auf morgen. Der Grundgehalt eines Parteiprogramms muß aber etwas Bleibendes, aus der innersten Ueberzeugung und nicht aus der Not des Alltags Entsprungenes sein. Das Bleibende kann nur in einer einheitlichen Weltanschauung liegen, die nichts Neues vom Himmel Herabgefallenes sein kann, sondern aus unsrer Kulturentwicklung resultiert. Daß es eine demokratische, parteibildende Weltanschauung gibt, beweist die Entwicklung des demokratischen Gedankens in aller Welt, vor allem in der Schweiz, beweist die Geschichte der Parteigründung von 48, die der Zeit vorausgeeilt war, und die daher am Obrigkeitsstaat zerbrechen mußte.

Ernst Troeltsch selbst verwies auf die Demokraten von 1848, die, weit vorausschauend, die Nöte unsrer Zeit schon erkannt hätten, und deren geistiger Hochstand sich nicht aus der Tatsache, daß sie die Erben der einzigen deutschen Kulturepoche, des sogenannten klassischen Zeitalters Deutschlands waren. Damit hat er der Deutschen Demokratischen Partei den Weg gewiesen, den sie zurückgehen muß, um die demokratische Weltanschauung herauszuarbeiten, die ihrer Auffassung vom Leben der Völker und Menschen entspricht. Die Idealisten von 1848 standen im Schatten Goethes, Schillers, Humboldts, Fichtes und Kants, Ernst Troeltsch aber steht mit seiner Auffassung vom Wesen der Parteien als reine politische Zweckmäßigkeitseinrichtungen noch mitten im Zeitalter des Materialismus, das es zu überwältigen gilt, und mit dem die Jüngsten unsrer Wissenschaft und Kunst, die Troeltsch etwas sehr obenhin abzutun versucht, in heftiger Fehde liegen. — In seiner Rede hat der formgewandte, sprachmächtige Professor, nicht aber der Demokrat gesiegt, sonst wäre es auch gar nicht möglich, daß die allzu leicht bewegliche Masse, die am Tage vorher einem Redner, der das Gegenteil behauptet hatte, zujubelte, nun ihm mit Beifall überschüttete. Die geistig mindestens ebenbürtige, vom politischen Standpunkt aus aber einwandsfreie, daher beste rednerische Leistung auf dem Parteitag war zweifellos die einer Frau, die Rede Gertrud Bäumers am Vorabend der Tagung. Stünden ihr noch die physischen Mittel des Mannes zur Verfügung, sie wäre der gegebene Führer der Partei, der geistige Erbe Friedrich Naumanns ist sie in der Tat.

**Dr. Karl Ackermann.**

*

### Ein Reichsbund demokratischer Studenten

o. **Leipzig**, 16. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Gemeinsam mit dem Parteitage tagte am 12. und 13. Dezember die demokratische Studenten-Organisation der Universitäten Berlin, Breslau, Frankfurt, Freiburg, Halle, Hamburg, Heidelberg, Jena, Leipzig, Marburg und München. Es wurde der Zusammenschluß der demokratischen akademischen Gruppen zum „Reichsbund deutscher demokratischer Studenten" beschlossen, der vom Boden der demokratischen Weltanschauung aus, frei von jeder Parteidogmatik, die kulturpolitische Arbeit der einzelnen Bünde an den deutschen Hochschulen zusammenfassend fördern und sie in ihrer schweren Stellung stärken will. Auch Bonn, Göttingen, Köln, Königsberg und Münster werden sich dem Reichsbund anschließen, dem von der Parteileitung tatkräftige Unterstützung zugesagt wurde. Es wurde beschlossen, künftig mit dem Parteitag eine Studenten-Tagung einzuberufen. Als Vorort wurde Berlin bestimmt. Außerdem wurde ein sechsköpfiger Ausschuß aus dem ganzen Reiche gewählt zur Mitführung und Kontrollierung der Geschäfte des Reichsbundes. In einer Resolution wurde ein Bekenntnis zum nationalen Gedanken ausgesprochen. „Wir lassen", so wird darin gesagt, „unsre nationale Gesinnung von niemanden antasten und verwahren uns gegen eine Erniedrigung des nationalen Gedankens zu einer Parteisache. Der nationale Gedanke ist Gemeingut des ganzen Volkes. Wir erstreben daher eine nationale Einheit, die aufgebaut ist auf dem Zusammengehörigkeitsgefühl aller Deutschen und die uns zu einem neuen Geist der Volksgemeinschaft führen soll."

## Lloyd George über die Londoner Konferenz

× **London**, 16. Dezember. (Havas.) Lloyd George gab im Unterhause eine Erklärung über die Konferenz in London ab, wonach die Besprechungen, die zwischen den Vertretern Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, der Vereinigten Staaten und Japans abgehalten wurden, den Abschluß des Friedens mit der Türkei und mit Ungarn, die Adria-Frage, die Ratifikation der schon geschlossenen Verträge und deren Ausführung umfaßten. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage wurde ausführlich besprochen. Um den Kursschwankungen, die die Interessen Frankreichs und Englands beeinträchtigen, entgegenzutreten, hat die englische Regierung ihre Einwilligung zur Herausgabe der französischen Anleihe in England gegeben. Der Zeitpunkt, die Höhe und die Bestimmungen dieser Anleihe sollen durch ein Abkommen geregelt werden. Die russische Frage war ebenfalls Gegenstand längerer Besprechungen. Die Alliierten waren in dieser wie in den andern behandelten Fragen vollständig einer Ansicht. Es wurde beschlossen, daß die Konferenz in nächster Zeit wieder zusammentreten soll, um die Friedensbedingungen mit der Türkei zu bereinigen und alle Schwierigkeiten, die in der Adria-Frage entstanden sind, endgültig zu lösen. Im Unterhaus wird eine Debatte über die Konferenz noch vor Schluß der Wintertagung stattfinden.

*

### Der Einfluß der Entente in Zentraleuropa

* **Wien**, 16. Dezember. Von diplomatischer Seite erfährt das „Neue Wiener Tagblatt", daß die Konferenz der leitenden Staatsmänner der Westmächte in London aller Voraussicht nach zu einer endgültigen Vereinbarung führen werden. Die Grundlage dieser Abmachung werde eine genaue Abgrenzung der politischen und wirtschaftlichen Einflußzone in Zentraleuropa, aber auch am Balkan bilden. Es verlautet, daß dieser neu entstehenden politischen Konstellation Oesterreich noch stärker als bisher dem Einfluß Frankreichs verfalle. Ungarn dagegen würde unter englischen Einfluß kommen.

*

### Die Stärkung der englisch-französischen Entente

× **Amsterdam**, 15. Dezember. Laut „Telegraaf" melden die „Times", daß Grund zur Annahme besteht, daß ein wichtiges Ergebnis der Londoner Verhandlungen die allgemeine Verstärkung der englisch-französischen Entente sein werde. Es sei möglich, daß bald eine zweite Konferenz über die englisch-französischen Handels- und Finanzbeziehungen stattfinden werde.

*

### Frankreichs Verkehr mit dem besetzten Gebiet

× **Paris**, 15. Dezember. Die direkten telegraphischen Verbindungen mit dem besetzten Deutschland können vom 18. Dezember an wieder aufgenommen werden.

### Die Baltikum-Truppen in Deutschland

+ **Berlin**, 16. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Nachdem das Bataillon Rosbach die Grenze überschritten hat, kann die Rückkehr der Baltikum-Truppen als abgeschlossen angesehen werden. Die Eiserne Division ist bereits in Memel eingetroffen. Die Eisenbahn bis zur Grenze ist den Litauern übergeben worden. Alle Baltikum-Truppen werden nach einigen Ruhetagen in den Durchgangslagern über Deutschland verteilt und entlassen werden.

Der Kommandeur der Deutschen Legion von Böhmenfeld erläßt an seine Soldaten eine längere Kundgebung, in der es heißt:

„Wie bei jedem Rückmarsch hat sich auch diesmal ein Schwarm von nicht zur fechtenden Truppe gehörenden Banden vor der Front hergewälzt. Die Legion hatte mit diesen Glücksrittern und Abenteurern nichts gemein. Die letzten Kämpfe und Marschtage bei schlechter Witterung haben die Truppe äußerlich mitgenommen. Man lasse sich hierdurch nicht täuschen. Die Worte Friedrichs des Großen, die er seinem General zurief, der, von friedlicherem Kriegsschauplatz kommend, eine glänzend gekleidete Truppe vorführte, passen auch hier: „Meine Herrs sehen aus wie die Grastenfels, aber sie halten!" Wir kehren mit warmem deutschen Herzen in die Heimat zurück und hoffen, mit denselben Empfindungen aufgenommen zu werden."

### Erfolge der Sowjet-Truppen

× **Amsterdam**, 15. Dezember. Laut „Telegraaf" melden die „Times", daß die Bolschewisten weitere Erfolge über Denikin davongetragen haben. Das Rote Heer hat nach der Einnahme von Charkow jetzt Poltawa besetzt, und die Bolschewisten melden sogar, daß die Freiwilligentruppen von den Vorstädten von Kijew durch sie vertrieben worden seien.

*

### Die estnisch-russischen Friedensverhandlungen

☞ **Kopenhagen**, 16. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die Esten behaupten, daß die Friedensbedingungen der Sowjetregierung so schwer seien, daß sie unmöglich darauf eingehen könnten. Die Bolschewisten wollen eine Grenze verlangen, die einen großen Teil des Gebietes, den Estland für sich beansprucht, an Rußland geben würden. Ferner verlangen sie, daß Estland einen Teil der alten russischen Staatsschulden auf sich nehmen soll.

### Die Entlassung der Gefangenen

+ **Essen**, 16. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" berichtet aus Homburg v. d. Höhe: Wie aus Kreisen, die mit der Verwendung der Kriegsgefangenen heraus sind, mitgeteilt wird, haben die Franzosen ihre Zustimmung gegeben, für den Fall, daß die deutsche Regierung die Forderungen der Entente annimmt, sofort die in ihrer Hand befindlichen 450 000 deutschen Kriegsgefangenen freizulassen. Auf Grund der bisherigen Verhandlungen ist zu erwarten, daß die Gefangenen in breiter Front und in Tagesstärken von mehreren 1000 Mann zurückgeführt werden, so daß mit der Beendigung des gesamten Rücktransports in drei Monaten gerechnet werden kann.

(Wir überlassen der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung" hierfür die Verantwortung, hoffen aber, daß bald eine amtliche Mitteilung über diese Frage eintrifft. D. Red.)

*

## Die Aufnahme der deutschen Note

× **Paris**, 15. Dezember. „Temps" erklärt in seiner heutigen Abendausgabe, der Ton der deutschen Antwort sei sehr entgegenkommend. Die Note habe wahrscheinlich den Zeitpunkt, zu dem der Friedensvertrag in Kraft treten könne, sehr wesentlich näher gebracht.

☞ **Berlin**, 16. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) In Berlin wird eine Stellungnahme der Alliierten zur deutschen Note nicht vor Mittwoch oder Donnerstag dieser Woche erwartet. In leitenden Berliner Regierungsstellen hält man es für nicht wahrscheinlich, daß die Alliierten die weiteren Verhandlungen abbrechen oder sogleich zu militärischen Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland übergehen.

*

### Die Ueberreichung

☞ **Genf**, 16. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die deutsche Antwortnote ist Montag ½2 Uhr im Rat der Alliierten überreicht. Der Rat der Alliierten wird erst Dienstag nachmittag zu ihr Stellung nehmen.

*

### Vertagung der Gewaltmaßregeln

☞ **Genf**, 16. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Der „Temps" meldet, daß der Rat der Alliierten und der Oberste Kriegsrat am Sonntag eine gemeinsame Sitzung abhielten. In ihr wurden die militärischen Maßnahmen gegen Deutschland vertagt.

*

### Die Sachverständigenkommission

Aus Berlin wird gemeldet: Die deutsche Sachverständigenkommission ist nach Paris abgereist. Sie wird geführt vom Geheimrat Seliger. Außerdem gehören ihr an als Vertreter der Arbeiter Paul Müller, als Vertreter der Werften Rudolf Blohm, ferner Geheimrat Eich vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten, Direktor Pelzer von der Hamburg-Amerika-Linie, Direktor Dr. Tetens von der Weserwerft Bremen und ein Vertreter der Hamburger Regierung.

*

### Wer wird ausgeliefert?

+ **Berlin**, 16. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Wie wir von bestunterrichteter Seite in Berlin erfahren, werden für das Auslieferungsbegehren der Feinde keine politischen und militärisch-politischen Gründe maßgebend sein. Es sollen vielmehr nur solche Personen ausgeliefert werden, die gemeiner Verbrechen, des Raubes, des Diebstahls, der Vergewaltigung usw. beschuldigt werden. Eine Auslieferung Hindenburgs und Ludendorffs sei danach ausgeschlossen. Diese Auskunft wurde uns mit aller Bestimmtheit gemacht. Damit sind freilich die so sicher auftretenden Nachrichten über die bevorstehende Auslieferungsforderung des Kaisers nicht vereinbar.

*

### Die Entente-Kommission für Oberschlesien

+ **Kattowitz**, 16. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Nach vorliegenden Meldungen aus zuverlässiger Quelle ist anzunehmen, daß die Besetzung Oberschlesiens Anfang Januar erfolgen soll und daß Kattowitz der Sitz der Entente-Mission sein wird. Oppeln dürfte als Sitz der Mission nicht mehr in Frage kommen. In den letzten Tagen ist eine Anzahl Entente-Offiziere in Kattowitz bereits eingetroffen, die sich möblierte Wohnungen suchen, ein Zeichen, daß sie mit einem längeren Aufenthalt rechnen. Das Hotel „Monopol" in Kattowitz wurde von der Stadt benachrichtigt, daß sämtliche 112 Zimmer für die Unterbringung von Mitgliedern der Entente-Kommission benötigt werden.

* **Haag**, 16. Dezember. Sieben englische Bataillone erhielten am Sonnabend Befehl, sich bereitzuhalten, um im Januar als Besatzungstruppen nach Schlesien, Schleswig, Böhmen und Jugoslawien abzugehen.

*

### Der Stand der amerikanischen Ratifikation

Nach einer „Matin"-Meldung aus New-York seien die Alliierten bereit, einige Vorbehalte der Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten anzunehmen. Diese Haltung sei eine Stärkung der Position Lodges, während sie diejenige Wilsons gefährde. Man glaube jedoch, daß Wilson sich mit Clemenceau und Lloyd George ins Einvernehmen gesetzt und vor kurzem den alliierten Regierungen diejenigen Vorbehalte, denen er zustimmen zu können glaubt, genannt habe. Voraussichtlich wird das Programm Lodge schließlich mit den von den alliierten Regierungen gewünschten Abänderungen angenommen werden.

### Rücktritt des französischen Finanzministers?

☞ **Paris**, 16. Dezember. (Eig. Drahtbericht.) Die Gerüchte über den bevorstehenden Rücktritt des Finanzministers Klotz verdichten sich, und zwar schließt man aus der Berufung Loucheurs nach London, daß dieser der zukünftige Finanzminister Clemenceaus sein wird.

## Die Antwort der deutschen Regierung

WTB. **Berlin**, 16. Dezember. Auf die Note vom 8. Dezember hat die deutsche Regierung dem Vorsitzenden der deutschen Friedenskonferenz in Paris folgende Antwortnote zugehen lassen:

Die deutsche Regierung legt Wert darauf, das Mißverständnis aufzuklären, als ob sie auf Grund des einstweiligen Fernbleibens der Vertreter der Vereinigten Staaten von den im Friedensvertrage vorgesehenen Kommissionen ein Recht auf Abänderung der Vertragsbestimmungen über die Auslieferung der wegen Verletzung der Kriegsgesetze angeklagten Personen und über die Heimschaffung der Kriegsgefangenen in Anspruch genommen habe. Die Heimschaffung der Kriegsgefangenen ist von ihr überhaupt nicht in diesem Zusammenhange gebracht worden. In der Auslieferungsfrage hat sie bereits vor Empfang der gegnerischen Note vom 1. November die Gründe geltend gemacht, die eine Milderung in der Art der Durchführung des Friedensvertrages notwendig erscheinen lassen. Diese Gründe verdienen nach wie vor die ernsteste Beachtung von seiten der alliierten und assoziierten Mächte. Die deutsche Regierung hat aber ihre Zustimmung zur Inkraftsetzung des Friedensvertrages niemals von der vorherigen Regelung dieser Frage abhängig gemacht. Die deutsche Regierung nimmt davon Kenntnis, daß nach der Ansicht des Obersten Rates das in dem Schlußsatz des Protokolls vom 1. November vorbehaltene Recht zu militärischen und sonstigen Zwangsmaßnahmen nur Geltung haben soll, bis durch die Inkraftsetzung des Versailler Vertrages der Friedenszustand hergestellt ist und daß nach diesem Zeitpunkte die Erfüllung der im Protokoll vorgesehenen Verpflichtungen nur durch die allgemeinen Bestimmungen des Friedensvertrages sowie durch die allgemeinen völkerrechtlichen Verfahrensarten gewährleistet sein werde.

Unter diesen Umständen fallen die von der deutschen Regierung wegen des Schlußsatzes bisher erhobenen Bedenken fort. Die deutsche Regierung nimmt ferner Kenntnis davon, daß nach der Absicht der Alliierten die Kriegsgefangenen, deren Freigabe nach Friedensschluß nur von den übrigen bereits erfüllten Bedingungen des Artikels 231 abhängig werden könnte, sofort nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden heimgeschafft werden sollen. Abgesehen von den Bestimmungen, die sich auf die Versenkung der deutschen Kriegsschiffe in Scapa Flow beziehen, will die deutsche Regierung gegen den Inhalt des Protokolls bei der verhältnismäßigen Geringfügigkeit der in Betracht kommenden Leistungen und in der Erwartung, daß die inzwischen erfolgten Lieferungen selbstverständlich in Anrechnung kommen, keine Einwendungen erheben. Sie legt nur Wert darauf, festzustellen, daß

**die gerügten Rückstände,**

und die nach Ansicht der Alliierten vorgekommenen Verstöße gegen den Waffenstillstand nicht auf ihr Verschulden zurückzuführen sind.

In der Scapa-Flow-Angelegenheit verzichtet die deutsche Regierung darauf, die Ausführungen der diesen Gegenstand behandelnden besonderen Note der Alliierten eingehend zu beantworten. Sie beschränkt sich auf folgende Bemerkungen: Der vermeintliche Widerspruch zwischen dem Memorandum vom 27. November und den Noten vom 28. Juni und 3. September besteht tatsächlich nicht. In diesen Noten wurde auf die Rechtsfrage nicht eingegangen. Erst das Memorandum behandelte die Angelegenheit von der rechtlichen Seite und stellte dabei diejenigen Argumente zusammen, die vor einem Schiedsgericht zu berücksichtigen sein würden. Der Sinn der zitierten Stelle aus dem Schreiben des Admirals v. Trotha vom 9. Mai ist durch unrichtige Uebersetzung völlig entstellt. Wird die Stelle im richtigen Wortlaut und im Zusammenhang mit dem übrigen Text des Schreibens gelesen, so zeigt sich, daß es sich um die Instruktionen handelt, die den deutschen Marine-Delegierten für die Verhandlungen in Versailles gegeben worden waren, nicht aber, wie die Note der Alliierten annimmt, um eine Anweisung des Admirals v. Reuter. In dem letzt von der britischen Admiralität veröffentlichten Befehl des Admirals v. Reuter an den Kommandanten der Kriegsschiffe vom 17. Juni heißt es, daß er nur dann zur Versenkung der Schiffe schreiten würde, wenn der Feind den Versuch machen würde, sich ihrer ohne die Zustimmung der deutschen Regierung zu bemächtigen, daß die Schiffe aber übergeben werden sollten, falls die deutsche Regierung die Friedensbedingungen annehmen würde. Dieser Befehl ist ein neuer Beweis dafür, daß sich Admiral v. Reuter zu seinem Schritte nur entschlossen hat, weil er der irrtümlichen Ansicht war, daß der Waffenstillstand wieder abgelaufen und der Kriegszustand wieder eingetreten sei. Unter diesen Umständen glaubte er, nach den für den Kriegszustand geltenden allgemeinen Befehlen handeln zu müssen, der es dem Seeoffizier zur Pflicht macht, sein Schiff nicht in die Hand des Feindes fallen zu lassen, ein Befehl, der übrigens auch in der britischen und französischen Marine Geltung hat. Die deutsche Regierung ist nach wie vor der Meinung, daß

**die Ueberweisung des Streitfalles an den internationalen Schiedshof**

im Haag die gerechteste Lösung gebracht haben würde. Die Inkraftsetzung des Friedensvertrages und die Unterzeichnung eines entsprechend geänderten Protokolls wäre dadurch in keiner Weise aufgehalten worden. Die deutsche Regierung kann nur bedauern, wenn die Alliierten demgegenüber den Standpunkt einnehmen, daß es sich um Kriegsereignisse handle, deren Regelung dem Sieger zustehe. Um jedoch, soweit es an ihr liegt, jedes Hindernis für die schnelle Wiederherstellung des Friedens aus dem Wege zu räumen, erklärt sie sich bereit, den Schaden, der den alliierten und assoziierten Regierungen durch die Versenkung der Schiffe entstanden ist, wieder gutzumachen. Sie ist aber außerstande, den Schadenersatz in der im Protokoll vom 1. November vorgesehenen Art zu leisten, denn eine gewissenhafte Prüfung hat ergeben, daß die Durchführung der im Protokoll gestellten Forderungen dem deutschen Wirtschaftsleben unheilbaren Schaden zufügen und jede Möglichkeit einer Durchführung

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19191217/1